

Dieter Spethmann  
an Abgeordnete des Deutschen Bundestages  
am 30. November 2009

**Wir leben in einem Europa der Kommissare  
Politische Macht herrscht anstelle des Gesetzes der Oekonomie**

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Merkel warnt vor einer Kreditklemme.“ So die heutige FAZ.NET. Das reicht nicht. Sie als MdB müssen Deutschland und Europa an den Wurzeln kurieren. Dazu:

Erstens. Weiss Frau Merkel überhaupt, wie Wirtschaft tickt? Dafür fehlt mir jeglicher Anhaltspunkt. Herr Kohl verlor den letzten Kontakt zum „Oekonomischen Gesetz,“ als er die DM 1:1 in der DDR einführte – ein Vorgang, den Frau Merkel als DDR-Bürgerin als angenehm empfunden haben dürfte. Dass dieser partiellen Opferung der DM wenig später der Maastricht-Vertrag folgte, der die DM insgesamt abschaffte, war in der vom „Oekonomischen Gesetz“ abgekoppelten Logik des Herrn Kohl nur „logisch.“ Jetzt also die von Frau Merkel und ihrem Partner Westerwelle mit Fleiss betriebene Opferung des in früheren Jahrzehnten von uns Bürgern geschaffenen „Eingemachten,“ der höchst realen Substanz/Reserven unserer Unternehmen und der Sparer/Bürger, und das zugunsten von Nachbarländern, deren Rückkehr zu eigenen Währungen nur eine Frage der Zeit ist, weil sie anders ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht wiedererlangen können. Wo der Unterschied liegt? Bis 1989 galt in Deutschland der Vorrang der „Oekonomischen Gesetzes“ vor der Macht: Dem Bürger ging es von Jahr zu Jahr besser. Seit 1990 ist es umgekehrt. Frau Merkel folgt der Macht. So einfach ist das.

Zweitens. Frau Merkel versprach vor zwei Wochen eine „Schonungslose Analyse der Lage des Landes.“ Wenn sie das wirklich will (was ich bezweifle), dann sollte sie uns Bürgern erstmal klarmachen, an welchen Überlasten wir in Wirklichkeit leiden: Uns stehen nämlich nur 90% unseres BIP für die eigene Verwendung zu, 10% gehen vorab an EU/Euro. Frau Merkel sollte offen zugeben, dass die von ihr („Der Euro hat die EU unumkehrbar gemacht,“ so ihre These in Aachen am 1.5.2008, ferner ihr kompromissloses Eintreten für den Lissabon-Vertrag) und ihren Vorgängern betriebene EU-Politik das pro-Kopf-Einkommen der Deutschen Jahr für Jahr senkt, das der anderen aber Jahr für Jahr steigert. Kunststück bei dieser Größenordnung unseres jährlichen Opfers: 250.000.000.000 Euro. Bisher hat Frau Merkel zu diesen Tatsachen eisern geschwiegen – so, als kenne sie diesen Befund selbst nicht.

Drittens. Was die EU monetär zerstört hat, will die EU fiskalisch heilen. Absurd. Die EU wusste im Voraus, dass der Einsatz ihrer Staatsmacht (die Schaffung des Euro) das ökonomische Gesetz (die Internationale Wettbewerbsfähigkeit der im Aussenhandel defizitären Euro-Staaten) ausser Kraft setzen würde. Die EU will aber tendenziell Gleichheit der Lebensumstände in ihrem Staat. Das ist ihre „Raison d'être.“ Deshalb erfand sie zum Ausgleich solchermaßen verursachter Defizite einen monetären Sozialismus. Dieser zieht die Überschüsse der (inzwischen nur noch fünf von 16) Überschuss-Mitgliedsländer heran. Reichen diese nicht, zeigt sich die mangelnde innere Kraft des betreffenden Defizitstaates in ganzer Schönheit: Er kann seine öffentlichen Ausgaben nicht senken. Also macht er neue Staatsschulden. Das wiederum kann die EU mit Geldbußen belegen (Art 126 Lissabon-Vertrag). Für deren Bezahlung muss der betreffende Staat weitere Schulden aufnehmen, was wiederum einen Straftatbestand darstellt: Schuld gebiert Schuld. Nein, monetär verursachte Wettbewerbschwäche kann man nicht fiskalisch heilen, sondern nur realwirtschaftlich. Dazu aber müssen die betreffenden 11 Staaten aus dem Euro ausscheiden, um abwerten zu können. Wie Bürger sind nicht so dumm, diese Zusammenhänge nicht zu erkennen.

Facit. Deutschland muss zum EWG-Konzept von 1957 zurückkehren. Es war und ist eine gute Sache, einen Gemeinsamen Markt zu haben. Der seit dem Maastricht-Vertrag errichtete „Überbau“ hat sich zu einem „Realen Sozialismus“ entwickelt, der, wie ehemals in der Sowjetunion und der DDR, Demokratie und Rechtsstaat eliminiert und den Bürger um die Früchte seiner Arbeit bringt.

Kehren Sie um. Das Karlsruher Urteil vom 30. Juni bietet Ihnen den Hebel. Der Euro ist längst „debased,“ also ohne reale Grundlage. Die DM hingegen erlaubte dem deutschen Bürger, über die Früchte seiner Arbeit zu verfügen, zu leben und zu sparen und für sein Alter vorzusorgen, wie er selbst es wollte. Das ist vorbei, muss aber wiederhergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen Ihr



[www.eurospethmann.de](http://www.eurospethmann.de)

Anlage

## **FAZ.NET am 20091130**

### **Bankgeschäfte**

# **Merkel warnt vor einer Kreditklemme**

Merkels Vermittler gegen die Kreditklemme: Hans-Joachim Metternich

29. November 2009 Die Bundesregierung will die Vergabe von Krediten ankurbeln. Die Kreditversorgung von mittelständischen und großen Unternehmen sei ein „zentrales Thema“ für den Aufschwung, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Wochenende. „Hier müssen wir feststellen, dass wir in einer sehr kritischen Situation sind.“ Merkel will deshalb an diesem Mittwoch mit Industrie, Finanzinstituten, Gewerkschaften und Wissenschaftlern über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und den Kreditmärkten reden, „um eine Kreditklemme zu verhindern“. Bis dahin soll auch ein Maßnahmenpaket in Höhe von mehreren Milliarden Euro feststehen, mit dem Geldinstituten eine großzügigere Vergabe von Krediten schmackhaft gemacht werden soll.

Banken müssten zwar verantwortlich handeln, unterstrich die Kanzlerin; dies sei ja gerade eine Lehre aus der Krise. Doch die Geldinstitute hätten auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe als „Dienstleister der Wirtschaft“, drängte Merkel. „Deshalb werden wir sehr klar sagen, dass wir diese Aufgabenerfüllung von den Finanzinstituten auch einfordern.“ Die Kanzlerin will auf dem Gipfeltreffen außerdem einen „Kreditmediator“ des Bundes vorstellen. Er soll Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befinden, dabei helfen, „zu vernünftigen Bedingungen“ an Darlehen zu kommen. Die Aufgabe wird der Chef der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, Hans-Joachim Metternich, übernehmen.

### **Ausweitung der Globaldarlehen geplant**

Entschieden bestritten wird in Berlin, dass die KfW den Geldinstituten laufende Kreditforderungen abkaufen solle

Bis dahin wollen das Bundesfinanz- und das Bundeswirtschaftsministerium einen Maßnahmenkatalog fertiggestellt haben, um Banken unter die Arme zu greifen. Geplant ist nach Informationen der F.A.Z. eine Ausweitung der Globaldarlehen, die die staatseigene KfW-Bank Geschäftsbanken zur Verfügung stellt. Diese können dann Kredite an einzelne Antragsteller vergeben, ohne in jedem Einzelfall damit an die KfW herantreten zu müssen. Ferner will der Staat die Bilanzen der privaten Banken entlasten, indem er Garantien für deren Kreditrisiken abgibt. Entschieden bestritten wurde in Regierungskreisen hingegen eine Meldung, der Bund oder die KfW sollten den Geldinstituten laufende Kreditforderungen abkaufen und dann womöglich gebündelt weiterveräußern. Auch werde keineswegs über eine Freistellung von der Haftung bei den Globaldarlehen nachgedacht.

Die Industrie befürchtet derweil, dass Pläne der EU für eine strengere Regulierung der Finanzmärkte die Kreditklemme verschärfen könnten. Die Unternehmen seien gezwungen, ihre Risiken – etwa auf den Rohstoffmärkten – „maßgeschneidert“ mit Derivaten abzusichern, heißt es in einem Schreiben von acht Dax-Konzernen an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), das der F.A.Z. vorliegt. Wenn dafür künftig größere Sicherheiten hinterlegt

werden müssten, werde dies ihren eigenen Kreditbedarf deutlich erhöhen, warnen unter anderem Bayer, Daimler, Eon und MAN. Das werde „zu höherer Unsicherheit und Volatilität in der Realwirtschaft führen“.

Zum Thema

- [Kommentar: In der Klemme](#)
- [Merkel drängt Banken zu umfassender Kreditvergabe](#)
- [Kreditversorgung: Mittelständlerin fühlt sich von der KfW verlassen](#)

Text: jja., F.A.Z.

Bildmaterial: dpa